



picture-alliance

Bildungsproteste ernst nehmen

Seit Wochen protestieren Schülerinnen, Schüler und Studierende für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und für bessere Lernbedingungen an Schulen und Hochschulen. Zur Unterstützung der Studierenden fordert die SPD-Bundestagsfraktion einen Bund-Länder-Pakt für Studienqualität und gute Lehre sowie die Erhöhung und Weiterentwicklung des BAföG. Der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier und SPD-Parteichef Sigmar Gabriel trafen sich Anfang Dezember mit Studierenden, um sich über deren Anliegen aus erster Hand zu informieren.

Besseres Studium – mehr BAföG

Die anhaltenden Proteste der Schülerinnen, Schüler und Studierenden sind Zeichen für den Reformbedarf im deutschen Bildungssystem. Die jungen Menschen demonstrieren zu Recht für bessere Lehr- und Lernbedingungen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung – und damit für ihr Menschenrecht auf Bildung. Das verdient Anerkennung, Respekt und Unterstützung.

Einen Schwerpunkt der Protestaktionen bildet derzeit die Situation an den Hochschulen. Die Studierenden kritisieren insbesondere die Umsetzung der großen Studienreform im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses sowie die in einigen unionsgeführten Ländern erhobenen Studiengebühren. Sie fordern bessere Studienbedingungen und die Erhöhung und Weiterentwicklung des BAföG.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Bund, Länder und Hochschulen stehen gemeinsam in der Verantwortung, die Forderungen der Studierenden ernst zu nehmen und auf die berechtigten

Anliegen einzugehen. Es hilft nicht weiter, wenn Verantwortung lediglich einseitig auf die jeweils andere Ebene abgeschoben wird. Gemeinsames Handeln ist gefragt – und zwar jetzt.

Pakt für Studienqualität und gute Lehre

Um die Studierenden in ihrer Forderung nach besseren Lehr- und Studienbedingungen zu unterstützen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag, dass die Bundesregierung mit den Ländern einen Studienpakt für mehr Qualität und bessere Lehre an den Hochschulen vereinbart. Der Pakt soll den bereits vereinbarten Ausbau der Studienplätze im Hochschulpaket ergänzen und den Hochschulen in den nächsten drei Jahren mindestens drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Ein solcher Studienpakt muss folgende Kernelemente umfassen:

- Bologna-Studienreform zügig nachbessern: Die Bachelor- und Master-Reformen müssen bundesweit vergleichbar überprüft werden. Ziel muss es sein, die Studierbarkeit und Mobilität im Studium zu verbessern und die Berufsbefähigung insbesondere des Bachelor-Abschlusses zu stärken. Dazu müssen die Studieninhalte überprüft und die Zahl der Prüfungen reduziert werden. Auslandsaufenthalte und Studienortwechsel müssen ohne Hürden möglich sein.
- Das Master-Studium offenhalten: Bund und Länder müssen sicherstellen, dass jeder Bachelor-Absolvent, der ein Master-Studium anstrebt, einen Studienplatz erhalten kann.

- Personaloffensive an den Hochschulen initiieren: Wir fordern ein Professoren-Ausbauprogramm und die Verstärkung des akademischen Mittelbaus. Dazu gehören ein zweites Juniorprofessoren-Programm sowie ein Förderprogramm für Frauen in der Wissenschaft.
- Qualität der Lehre verbessern: Gute Lehre muss als Profilierungsmerkmal für die Hochschulen das gleiche Gewicht haben wie gute Forschung. Deshalb fordern wir einen Wettbewerb für gute Lehre.
- Studienberatung und -betreuung ausbauen: Die Studierenden haben ein Recht auf gute Informations- und Beratungsangebote – vor und während des Studiums.
- Die Interessenvertretung der Studierenden ernst nehmen: Wir wollen eine bessere und durchsetzungstärkere Interessenvertretung der Studierenden in den Hochschulgremien.
- Die sozialen Infrastrukturen an den Hochschulen ausbauen: Wir fordern bezahlbaren studentischen Wohnraum sowie ein bedarfsdeckendes Angebot an Mensen und zentralen Betreuungseinrichtungen.

Dialog mit den Studierenden

Zahlreiche Forderungen im Studienpakt-Antrag der SPD-Bundestagsfraktion gehen auf den direkten Austausch mit den Studierenden zurück. So sind etwa die Juso-Hochschulgruppen in den Meinungsbildungsprozess der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der Fraktion kontinuierlich eingebunden. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel führten das Gespräch Anfang Dezember auf Einladung der Juso Hochschulgruppe Berlin mit Studierenden an der Freien Universität. Einige der zentralen Forderungen auch hier: mehr Mitbestimmung für die Studierenden, mehr Wahlfreiheit im Studium, mehr BAföG, weniger Zugangshürden und ein Anspruch auf den Master-Studienplatz für alle Bachelor-Absolventen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird den Dialog mit den Studierenden in den nächsten Wochen und Monaten weiterführen.

Besseres BAföG für mehr Chancengleichheit

Ergänzend zum Studienpakt fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, rasch einen Gesetzentwurf für eine deutliche Stärkung, Ausweitung und Weiterentwicklung des BAföGs vorzulegen. Das BAföG muss oberste Priorität bleiben, um allen studierwilligen jungen Menschen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Möglichkeit zu einem guten Studium zu geben.

Die von Bildungsministerin Schavan angekündigten Trippelschritte reichen dafür nicht aus. Die BAföG-Sätze müssen erhöht werden. Vor allem die Freibeträge müssen deutlich steigen, damit mehr junge Menschen einen Förderanspruch bekommen. Außerdem muss das BAföG besser an die Anforderungen der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge angepasst werden. Dazu gehört, dass Förderlücken zwischen Bachelor und Master geschlossen werden. Und es umfasst, dass ein Master-Studium auch nach dem 30. Lebensjahr förderfähig sein muss. Um mehr jungen Menschen die Chance zu geben, das Abitur zu erreichen, muss außerdem das Schüler-BAföG für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe deutlich erweitert werden.

Schwarz-Gelb verschärft die soziale Schieflage in der Bildung

Union und FDP setzen auf Selektion und Auslese statt auf die soziale Öffnung der Hochschulen für alle. Das von Schwarz-Gelb geplante Stipendienprogramm leistet keinen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit. Im Gegenteil: Die einzige Absicht von Union und FDP besteht darin, die Studiengebühren in den unionsregierten Ländern zu zementieren. Für die SPD steht fest: Studiengebühren sind sozial ungerecht und müssen abgeschafft werden. Und die Studierenden brauchen eine verlässliche Studienförderung, das heißt: BAföG-Garantie statt Stipendien-Lotterie.

Gleichzeitig gefährdet die neue Bundesregierung durch Steuersenkungen auf Pump die Finanzbasis von Ländern und Kommunen. Das engt die notwendigen Spielräume ein, die für den Ausbau einer guten Bildungsinfrastruktur erforderlich sind.

Union und FDP verabschieden sich von dem Gedanken, dass die Herstellung gleicher Chancen auf gute Bildung eine öffentliche Aufgabe ist. Schwarz-Gelb wälzt die Kosten für die Bildung auf die Familien ab, treibt die Privatisierung der Bildungschancen voran und verstärkt die soziale Spaltung im Bildungssystem. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die neue Bundesregierung immer wieder daran erinnern, dass Bildung ein Menschenrecht ist und daher eine öffentliche Aufgabe in gesamtstaatlicher Verantwortung bleiben muss.